

Joachim Ragnitz

Rückholung von Pendlern als Lösung für das ostdeutsche Fachkräfteproblem?

Aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung wird in Ostdeutschland der Arbeitskräftemangel in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Für eine Verbesserung des regionalen Arbeitskräfteangebots wird neben der Rückkehr von nach Westdeutschland abgewanderten Personen auch die Möglichkeit diskutiert, ostdeutsche Pendler aus den westdeutschen Bundesländern „zurückzuholen“. Im vorliegenden Beitrag werden die Auspendlerströme von Ost- nach Westdeutschland in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern und auf Ebene der Landkreise betrachtet. Es zeigt sich, dass dieses Potenzial stark überschätzt wird. Der Anteil der Auspendler nach Westdeutschland an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Wohnort in Ostdeutschland beläuft sich nur auf 6,6 % im Jahr 2017. Zur Lösung des drohenden Arbeitskräfteproblems in Ostdeutschland wird man kaum auf die betrachteten Personengruppen zurückgreifen können.

Aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung wird in Ostdeutschland der Arbeitskräftemangel in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Nach der jüngsten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes – die allerdings die Flüchtlingsmigration noch nicht berücksichtigt – dürfte sich in den kommenden Jahren die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) in den ostdeutschen Flächenländern um schätzungsweise 14 % (Sachsen) bis 23 % (Sachsen-Anhalt) verringern. Es ist zu befürchten, dass dies zu einer Einschränkung des regionalen Wachstumspotenzials führen wird – mit negativen Auswirkungen auch auf das Wohlstandsniveau in den ostdeutschen Ländern.

Um eine Verbesserung des regionalen Arbeitskräfteangebots zu erreichen, wird neben der Rückkehr von nach Westdeutschland abgewanderten Personen auch die Möglichkeit diskutiert, ostdeutsche Pendler aus den westdeutschen Bundesländern „zurückzuholen“. Die immer noch verbreitete Vorstellung ist es nämlich, dass viele erwerbsfähige Personen aus Ostdeutschland in der Vergangenheit aus Mangel an wohnortnahen Beschäftigungsmöglichkeiten gezwungen waren, einen Arbeitsplatz in den westdeutschen Bundesländern anzunehmen und deswegen ein mögliches Potenzial für die Besetzung freier Stellen darstellen. Unabhängig davon, ob dies in Anbetracht der vielfach schlechteren Bezahlung in Ostdeutschland von den betreffenden Personen überhaupt als realistische Option angesehen wird, scheint es sinnvoll, sich überhaupt erst einmal das quantitative Ausmaß der Pendelströme zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern zu verdeutlichen.

Im vorliegenden Artikel werden vor diesem Hintergrund die Auspendlerströme von Ost- nach Westdeutschland in den einzelnen ostdeutschen Ländern näher betrachtet. Dies unterscheidet die Untersuchung von anderen Analysen, die sich zumeist auf die Pendlersalden beziehen und deswegen nur ein verzerrtes Bild liefern. Ergänzend wird darüber hinaus

die Betrachtung auf die Ebene der Landkreise ausgeweitet.

Insgesamt beläuft sich der Anteil der Auspendler nach Westdeutschland an allen sozialversicherungs-(SV)-pflichtigen Beschäftigten mit Wohnort in Ostdeutschland nur auf 6,6 % im Jahr 2017 (vgl. Tab. 1). Dies sind – in absoluten Zahlen – 410 000 Personen. Allerdings entfallen davon rund 80 000 Personen auf Berlin; in den ostdeutschen Flächenländern liegt die Zahl der Auspendler nach Westdeutschland nur zwischen 41 000 (Brandenburg; Pendleranteil 4,2 %) und 90 000 (Thüringen; Pendleranteil 10,4 %). Die allermeisten Beschäftigten mit Wohnsitz in Ostdeutschland haben ihren Arbeitsplatz im gleichen Bundesland – eine Ausnahme ist nur Brandenburg, das einen hohen Pendleranteil nach Berlin aufweist. Schon diese Größenordnungen zeigen, dass das Potenzial der Pendler nach Westdeutschland für die Deckung von drohenden Arbeitskräftelücken kaum ausreicht.

Diese Aussage wird noch dadurch untermauert, wenn man berücksichtigt, dass es vor allem Erwerbspersonen aus den Kreisen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze sind, die in die westdeutschen Länder auspendeln (vgl. Abb. 1). So arbeiten etwa ein Drittel aller SV-pflichtigen Beschäftigten aus den Landkreisen Hildburghausen und Sonneberg in Westdeutschland, davon die meisten in den benachbarten fränkischen Landkreisen. Ähnlich hohe Werte sind auch im Landkreis Eichsfeld (vor allem mit Ziel Göttingen), im Altmarkkreis Salzwedel (vor allem mit Ziel Wolfsburg) oder im Landkreis Nordwestmecklenburg (vor allem mit Ziel Lübeck) zu verzeichnen. In den geographisch weiter entfernten Landkreisen liegen die Auspendlerquoten nach Westdeutschland im Regelfall hingegen nur um die 5 %. Da die Pendelentfernungen in den Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze im Regelfall nur gering sind, gibt es

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1**Pendler (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) aus den Ländern Ostdeutschlands 2017**

Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort (in %)

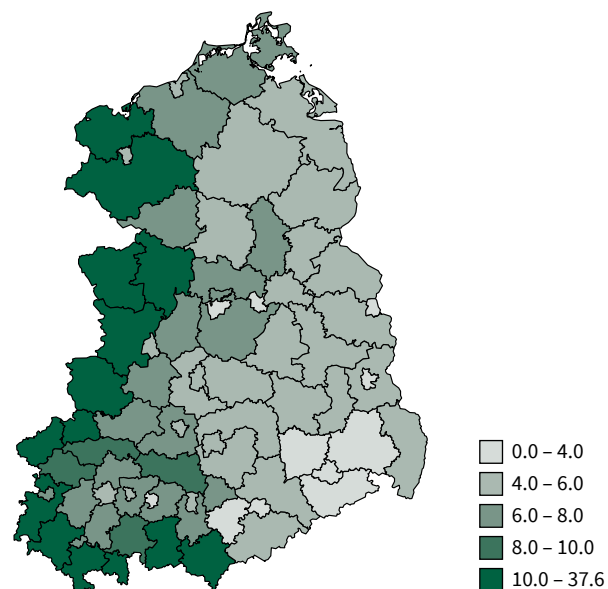
Wohnort \ Arbeitsort	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Ostdeutschland
Auspendler insgesamt	13,9	29,4	12,3	8,7	16,7	14,6	6,6
darunter:							
Schleswig-Holstein	0,2	0,3	3,5	0,1	0,2	0,1	0,5
Hamburg	0,6	0,3	1,9	0,1	0,2	0,1	0,5
Niedersachsen	0,6	0,6	1,4	0,4	4,9	1,6	1,4
Bremen	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
Nordrhein-Westfalen	1,7	1,0	0,7	0,8	1,1	0,9	1,1
Hessen	0,9	0,4	0,3	0,4	0,5	2,6	0,8
Rheinland-Pfalz	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Baden-Württemberg	0,7	0,6	0,3	0,7	0,6	0,8	0,6
Bayern	1,1	0,7	0,5	1,7	0,9	4,0	1,5
Saarland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Westdeutschland	6,1	4,2	9,0	4,4	8,7	10,4	6,6
Berlin	—	21,6	1,1	0,6	0,8	0,4	21,8
Brandenburg	6,7	—	1,3	1,0	1,2	0,2	13,1
Meckl.-Vorpommern	0,2	0,7	—	0,1	0,2	0,1	8,9
Sachsen	0,4	1,8	0,4	—	4,1	2,4	24,9
Sachsen-Anhalt	0,3	0,8	0,3	1,5	—	1,1	12,4
Thüringen	0,1	0,2	0,1	1,1	1,7	—	12,4
Ostdeutschland	7,8	25,2	3,2	4,3	8,0	4,2	—

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1**Pendler nach Westdeutschland aus den Landkreisen Ostdeutschlands 2017**

Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

hier kaum einen Anreiz, einen wohnortnäheren Arbeitsplatz anzunehmen – und in den grenzferneren Regionen mag zwar der Anreiz hierzu höher sein, jedoch ist das Potenzial viel zu gering, als dass dies zur Wiederbesetzung frei werdender Arbeitsplätze ausreichen könnte.

Auch „Rückwanderer“ stellen nur ein eingeschränktes Potenzial für die Deckung des absehbaren Arbeitskräftemangels in den ostdeutschen Ländern dar. Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass in den Jahren 2000 bis 2012 nur 16,5 % der aus Ostdeutschland abgewanderten Erwerbspersonen wieder in die ostdeutschen Länder zurückgekehrt sind.¹ Dabei verwundert es nicht, dass die Rückkehrbereitschaft umso niedriger ist, je länger jemand in den westdeutschen Ländern gelebt hat. Da die großen „Abwanderungswellen“ nach Westdeutschland inzwischen abgeebbt sind, dürfte das Arbeitskräftepotenzial aus dieser Gruppe somit ebenfalls gering sein.

Das aber bedeutet: Zur Lösung des drohenden Arbeitskräfteproblems in Ostdeutschland wird man kaum auf die betrachteten Personengruppen zurückgreifen können; vielmehr ist es erforderlich, auch auf Zuwanderung aus dem Ausland zu setzen. Dies setzt nicht nur eine entsprechende Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Migration von Arbeitskräften nach Deutschland und ausreichend attraktive Arbeits-

bedingungen in Ostdeutschland voraus, sondern insbesondere auch die Bereitschaft der örtlichen Bevölkerung, Zuwanderer überhaupt aufzunehmen. Anderenfalls wird es in weiten Teilen Ostdeutschlands schwerfallen, das erreichte Wohlstandsniveau auch längerfristig aufrechtzuerhalten.

LITERATUR

Fuchs, M., Nadler, R., Roth, D., Theuer, S. und A. Weyh (2017), Rückwanderung von Erwerbspersonen – aktuelle Deutschlandzahlen im regionalen Vergleich, in: Leibniz Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas aktuell 11 (5/2017), Leipzig.

Fuchs, M. und A. Weyh (2016), „Rückwanderung von Beschäftigten nach Ostdeutschland: Räumliche Muster und soziodemographische Strukturen“, ifo Dresden berichtet (23) 3, S. 19–27.

-
- 1 Studien des IAB zeigen, dass die Rückkehrbereitschaft von abgewanderten Erwerbspersonen mit 16,5 % verhältnismäßig gering ist, vgl. z. B. Fuchs und Weyh (2016) sowie Fuchs et al. (2017).